

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 2

Artikel: Militärbündnisse : Sinn, Legitimität und Notwendigkeit
Autor: Baumgartner, Jacques
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093244>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Militärbündnisse:

Sinn, Legitimität und Notwendigkeit

Jacques Baumgartner zur veränderten Geopolitik

Seit dem Wandel in Osteuropa, den eingetretenen Veränderungen in der Sowjetunion wird vor allem in Westeuropa nach dem Sinn, der Legitimität und der Notwendigkeit von Militärbündnissen gefragt. Im Prinzip sollte der Krieg des Irak gegen Kuwait diese Frage beantwortet haben.

De facto gibt es den Warschauer Pakt nicht mehr. Das militärische Bündnis des vormaligen Sowjetblocks ist durch nichts ersetzbar. Wenn nämlich eine Armeen-Allianz einmal zu existieren aufgehört hat, kann sie nicht wiederbelebt werden, auch nicht in veränderter Form. Das bedeutet:

Regional-, Super- oder eurasische Grossmacht?

Die Sowjetunion ist heute gezwungen, ihre Sicherheitspolitik völlig neu zu überdenken. Das Sicherheitsbedürfnis ist enorm gestiegen. Das erklärt sich aus den internen Schwierigkeiten und aus dem durch die «Auflösung» des Warschauer Paktes entstandene Vakuum.

Im «Idealfall» für Westeuropa wird die Sowjetunion, was ihre Westgrenze anbelangt, regionale Sicherheitsbündnisse eingehen, mit den baltischen Staaten – Estland, Lettland, Litauen –, Weissrussland, der Ukraine...

Die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik wäre künftig auf ihr eigenes Territorium, im Grunde auf jenes Russlands, begrenzt.

Die Entwicklung in der Sowjetunion spricht aber dafür, dass die Zentralmacht, beziehungsweise die Militärs brutale Gewalt (in den baltischen Republiken) zivilisierten Sicherheitsabsprachen vorziehen (werden). Das hat verschiedene, im Westen nicht verständliche Gründe:

In der Sowjetunion greift politisches Chaos um sich, Bandentum und Schattenwirtschaft dominieren die «Konomie, Souveränitätsansprüche aller fünfzehn Republiken erschweren jegliche Zusammenarbeit zwischen und mit der Zentrale.

Präsident Michail Gorbatschow ist gezwungen, die Integrität der Union als vorläufig wichtigstes Ziel zu sichern, und zwar mit

allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln. Eine Sezession von Republiken leitete unweigerlich die Auflösung der Union ein. Aber die dadurch provozierte Reaktion – bei der «Rechten», beziehungsweise den Konservativen – könnte das Ende jeglicher Reform in der Sowjetunion sein.

Der Ausgang des Konfliktes am Golf wird weitere Erpresser ermutigen oder entmutigen.

Hinzu kommt, dass die sowjetischen Militärs in einer tiefen Identitätskrise stecken: Welche Art von Macht stellen sie eigentlich noch dar? Super-, Regional- oder eurasische Grossmacht?

Neues Feindbild

Die Atlantische Allianz (Nato) ist (noch) intakt. Sie muss sowohl nach Osten, wie nach Süden blicken:

Die Veränderungen in der Sowjetunion sind dramatisch. Dort werden bereits, was man sich im Westen offenbar noch nicht völlig bewusst ist, Bürgerkriege ausgefochten, und Trümmerstücke könnten auf Westeuropa fallen. Trotz stabiler territorialer Verhältnisse in Europa könnten ernsthafte Krisen entstehen, so beispielsweise im auseinandergefallenen jugoslawischen Vielvölkerstaat.

Die Gefahren, die künftig von der Golfregion, dem Nahen Osten insgesamt her drohen, sind noch schwierig einzuschätzen. Gewiss ist heute, dass nicht mehr der Kommunismus der Feind ist. Europa wird sich wahrscheinlich schon bald mit dem Gedanken vertraut machen müssen, dass der islamische Fundamentalismus die neue Herausforderung und Bedrohung ist.

Die Atlantische Allianz als Institution dürfte in den nächsten Jahren immer mehr übergangen werden und die Westeuropäer sich eines anderen Sicherheitsrahmens bedienen. Gegeben ist ein solcher in der Westeuropäischen Union (WEU). Die 1954 gegründete WEU ist ein kollektiver Beistandspakt, gedacht als europäische Stütze der Nato. Da die Mitglieder auch der Nato angehören,

verfügt die WEU (noch) über keine eigene militärische Organisation.

Die künftige Entwicklung in Europa, vor allem die Demokratisierung Osteuropas dürfte der WEU eine neue und grössere Bedeutung bringen. (Ungarn beispielsweise hat bereits um einen Gaststatus in der WEU ersucht.) Das zeigt sich auch darin, dass die Europäische Gemeinschaft (EG) in der Golfkrise eine sicherheitspolitische Rolle einnahm.

Züge einer Allianz

Die Züge Allianz trägt die Europäische Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Auf dem Gipfeltreffen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten im vergangenen November in Paris wurde vereinbart, in Wien ein «Konfliktzentrum» zu errichten. Seine Aufgabe ist es, im Rahmen der KSZE Konflikte zu lösen. In der KSZE verfügt jedes Mitglied über das Vetorecht, was einen «Ausbau» der Konferenz zu einer echten militärischen Allianz problematisch macht. Eine KSZE-«Allianz» käme den Vorstellungen der Sowjetunion entgegen, wie sich Moskau auch ein «gemeinsames europäisches Haus» wünscht. Doch das bedeute und setze die Auflösung der Nato voraus. Hierfür scheint der Moment noch nicht gegeben.

Mittelfristig dürften künftig vermehrt regionale Militärbündnisse entstehen. Langfristig werden wahrscheinlich die Vereinten Nationen (UNO) das Mandat eines «Weltpolizisten» erhalten, um Erpresser, wie Saddam Hussein, in die Schranken zu weisen. Schon aus wirtschaftlichen Gründen werden die Vereinigten Staaten nicht mehr allzu lange in der Lage sein, diese Rolle – zum Schutze der freien Völker – einzunehmen.